

**Ralf Kutzner**

**Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall**



## **1. Mai: Zeit für mehr Solidarität**

**Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2016 in Hagen**

**Sperrfrist Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst uns eine kleine Zeitreise machen. Eine Reise zurück ins Jahr 1886.

Heute vor genau 130 Jahren traten Tausende Arbeiter in Chicago in den Generalstreik. Ihr Ziel: Menschenwürdige Arbeit und ein Acht-statt-Zwölf-Stunden-Tag. Ihr friedlicher Streik endete in einem Blutbad: Polizisten schossen auf Streikposten, Arbeiterführer wurden verhaftet, Gewerkschaftszeitungen wurden verboten.

Dieser 1. Mai vor 130 Jahren ist der Ursprung dafür, warum wir auch heute hier in Hagen gemeinsam stehen.

- Wir stehen hier, weil wir wissen: Was heute selbstverständlich ist, mussten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter erst erkämpfen!
- Wir stehen hier, weil wir wissen: Nur entschlossene und solidarische Kolleginnen und Kollegen machen die Arbeitswelt besser!
- Wir stehen hier, weil wir wissen: Soziale Errungenschaften gäbe es ohne uns nicht.
- Wir sind die Kraft, die wahren Fortschritt schafft.
- Und wir stehen hier, weil wir zeigen: Wir haben noch eine Menge vor!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seid herzlich willkommen! Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter können uns nicht nur sehen lassen. Ihr könnt auch ruhig hier und jetzt etwas hören lassen.

Wo seid Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen von IG BAU BCE und GEW?

Wo seid Ihr, NGG, EVG und Polizei? Und die Kolleginnen und Kollegen von ver.di und natürlich von der IG Metall? Lasst uns hier und heute zusammen stehen, zusammen mahnen, aber auch zusammen feiern!

1950 haben die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens dem 1. Mai in der Verfassung eine klare, eine unmissverständliche Bedeutung gegeben.

Seitdem feiern wir hier nicht mehr nur den Tag der Arbeit.

Wir feiern hier den „Tag des Bekenntnisses zu

- Freiheit und Frieden,
- sozialer Gerechtigkeit,
- Völkerversöhnung
- und Menschenwürde.“

Darum lasst es uns all unseren Gegnern zurufen: All Ihr Rassisten, Ihr Renten-Räuber und Ihr Lohndrücker – Ihr könnt nach Hause gehen!

Heute ist unser Tag! Wir sind die Kraft, die wahren Fortschritt schafft.

Ich freue mich, heute hier in Hagen zu sprechen. Denn Hagen und die Hagener zeigen: Auch wer wirtschaftlich leidgeprüft ist, kann und muss noch immer leidenschaftlich sein. Das zeichnet Hagen aus: eine lebendige Stadtgesellschaft, bestehend aus Gewerkschaften, Gemeinden und Sozialverbänden.

Es ist schön, hier bei Euch zu sein!

Vor drei Wochen erst hat Hagen Herz gezeigt: ein Herz aus Stahl.

Mit Zehntausenden anderen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Städten habt Ihr bewiesen: Ihr lasst Euch nicht unterkriegen.

Denn wir wollen und können beides: Klimaziele und Beschäftigungsziele.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Deutschen Edelstahlwerken und von den daran hängenden Unternehmen: Wir stehen auf Eurer Seite!

Ob es nun um Stahl oder andere Waren geht: Wir brauchen keinen Welthandel, der nur den Konzernen dient. Wir brauchen einen fairen Welthandel!

Ob nun USA oder Kanada, ob die Freihandelsabkommen nun TTIP oder CETA heißen – wichtig ist eines: Im Mittelpunkt der Verhandlungen müssen die Menschen stehen, nicht die Moneten! Hunderttausende haben vergangenen Oktober mit uns in Berlin gegen dieses TTIP protestiert. Zehntausende setzten danach in vielen regionalen Demonstrationen, wie zuletzt vergangenes Wochenende in Hannover, ein deutliches Zeichen. Wir haben schon einiges bewegt und wir werden weiter gebraucht. Zum Beispiel jetzt wo Arbeitsstandards abgebaut werden sollen oder wenn es um die Verhinderung sozialen Fortschritts geht.

Ja, wir werden gebraucht. Wir sind die Kraft, die wahren Fortschritt schafft.

Und deshalb brauchen wir keine undurchsichtigen Schiedsgerichte in Hinterzimmern.

Wir brauchen keinen Investorenschutz auf Kosten der Steuerzahler.

TTIP muss stattdessen internationale Arbeitsrechte achten und ausbauen können!

Und TTIP muss stattdessen den Verbraucher- und Umweltschutz achten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
soziale Balance kommt nicht von alleine.

Die Gefahren für uns lauern aber nicht nur im Spiel der wirtschaftlichen Weltmächte. Die Gefahren lauern schon vor unserer Haustür. Europa hat keine Regierung. Dennoch wird es beherrscht, beherrscht von einem Fetisch: Neoliberalismus und der „schwarzen Null“ in den Haushalten. Die Staaten driften wirtschaftlich immer weiter auseinander. Sozialsysteme, Rentensysteme und Tarifsysteme brechen auseinander. In Griechenland und Spanien und Italien ist rund jeder zweite Jugendliche ohne Arbeit. Spardiktate und Chauvinismus, Austrittsdrohungen, Erpressungsversuche und Deregulierung: Das ist nicht das Europa, das wir wollen! Wir brauchen und wollen ein anderes Europa. Ohne Vertrauen ist Europa am Ende. Vertrauen braucht Sicherheit. Sicherheit braucht Schutz durch hohe Sozial-, Arbeits- und Gesundheitsstandards. Und gute Sozialstandards brauchen ordentliche Mitbestimmung! Denn wir sind die Kraft, die wahre Zukunft schafft! Krisen und Unterbietungswettbewerbe bedrohen auch die Beschäftigten hierzulande. Darum sind Berlin und Brüssel mit einem gut beraten: Lasst ab von Euren Spardiktaten! Wir brauchen Investitionen in die Zukunft in ganz Europa. Sollen wir der jüngeren Generation ein marodes Europa übergeben? Lasst uns weiter gute Arbeit machen, lasst uns weiter guten Waren produzieren! Für uns zählen gute Jobs noch immer mehr als die Eitelkeiten einzelner Staatenlenker!

Populisten in allen Ländern zerstören die Freiheit, die uns allen so wichtig ist. Vom Europa im Frieden und in Freiheit wollen sie ein Europa aus Mauern und Grenzzäunen machen. Sie beschränken Pressefreiheit. Sie kündigen den Solidargedanken auf. Sie bedrohen freie Gewerkschaften. Wir lassen es nicht zu, wie Kleingeister unser Europa zur Kleinstaaterei verwandeln! Tausende Menschen müssen derzeit wegen Krieg, Terror und Elend ihre Heimat verlassen. Sie fliehen zu uns, weil sie an die Wahrheit der europäischen Werte glauben. Werte, die wir gemeinsam in vielen Jahrhunderten geschaffen haben. Und jetzt das! Tausende Flüchtlinge werden von der Verlogenheit der europäischen Politik ermordet. Sie ersaufen im Massengrab Mittelmeer. Aus einem Europa das stolz machen sollte, wird ein Europa für das man sich schämen muss. Mauern und Zäune töten. Das sollten alle Europäer doch langsam mal aus der Geschichte gelernt haben!

Es ist schäbig, wie auch in unserem Land Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden. Schwache gegen Schwächere, Alt gegen Jung, Christen gegen Muslime, Kranke gegen Gesunde, Deutsche gegen Migranten: Nein, dieses Spiel lassen wir nicht zu!

An jedem dritten Tag hat 2015 ein Flüchtlingsheim gebrannt. Körperverletzungen durch Faschisten sind an der Tagesordnung. Und jedes sechste Opfer gab 2015 es nicht im Osten, sondern in unserem Nordrhein-Westfalen.

Und dieses Jahr? 2016 zündeten sogenannte besorgte Bürger in NRW schon mehr Flüchtlingsunterkünfte an als im gesamten Jahr 2015. Dieses Jahr verletzten rechte Schläger in NRW schon mehr Menschen als im Vorjahr!

Hass und Gewalt: Das sind keine Auswüchse, die irgendwo im luftleeren Raum entstehen. Hass und Gewalt haben ihre Wurzeln auch da, wo Politiker mit Stammtischparolen, Populisten und Faschisten ihr infames Spiel betreiben.

Denn Hass und Gewalt wachsen vor allem dort, wo sie einen Platz haben, sich auszubreiten. Dann beherrschen Schlägertrupps und Brandstifter das öffentliche Bild. Das sind Terroristen die dann montags in Dresden und anderswo behaupten, sie sind das Volk. Darum lasst es uns unmissverständlich sagen:

Bei uns ist kein Platz für Rassismus und auch kein Platz für Terroristen.

Ihr Chauvinisten und Spalter, Ihr Hetzer und Höckes, Ihr Pseudo-Patrioten und Petrys: ihr gehört nicht zu einem freien, demokratischen und solidarischen Deutschland. Ihr seid weder das Volk, noch gehört ihr zu einem Deutschland der Freiheit, des Friedens, des Rechts und der Gerechtigkeit.

Darum freue ich mich umso mehr, hier heute bei Euch in Hagen zu stehen.

Einer Stadt, in der die Pegidas keinen Fuß fassen konnten.

Einer Stadt, die in einem großartigen Bündnis sagt: „Hagen ist bunt.“

Einer Stadt, die sich bekennt: Auch wenn noch vieles verbesserungswürdig ist – für uns ist eine multikulturelle Gesellschaft eine Bereicherung und keine Bedrohung!

Herzlich Willkommen, liebe Freundinnen und Freunde!

Wir Gewerkschaften, Arbeitgeber und Kirchen haben uns zur Allianz für Weltoffenheit, Solidarität und Demokratie zusammengeschlossen.

Wir nehmen den Artikel 1 des Grundgesetzes ernst: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Natürlich beschäftigt uns alle die Frage: Wie gehen wir mit den vielen Flüchtlingen um? Die Debatten sind sicher auch schon mal kontrovers, aber wir müssen uns ihnen stellen.

Unterschiedliche Standpunkte müssen wir hören und wir müssen die Ängste und Sorgen der Menschen sehr ernst nehmen. Nicht aber müssen wir Stimmen und Stimmungen hinterherlaufen. Wir haben Werte und wir müssen Haltung zeigen. Wir müssen die Demokratie- und Menschenfeinde entlarven.

Wir müssen sie an ihren Programmen und Aussagen stellen.

Wie lösen wir denn jeden Tag in den Betrieben die komplexen Aufgaben?

Wenn es Schwierigkeiten und Probleme gibt, dann sprechen wir darüber und suchen Lösungen. Ruhig, sachlich und immer so, dass es den Menschen besser geht.

Wir sind die Kraft, die wahren Fortschritt schafft.

Das erlebe ich, wenn ich durch die Betriebe gehe und mit den Kolleginnen und Kollegen spreche. Was wäre dieses Land, wenn nicht unzählige Betriebsräte und Beschäftigte den staatlichen Verantwortlichen bei der Versorgung von Flüchtlingen nicht geholfen hätten?

Kleiderspenden, Patenschaften, Deutschunterricht, Hilfe mit der deutschen Bürokratie und nicht zuletzt Hilfe beim wichtigsten Instrument für Integration: Arbeit.

Wir brauchen gleiche Ansprüche für alle, die gesellschaftliche Unterstützung benötigen. Ob es nun Flüchtlinge ohne deutsche Sprachkenntnis sind oder Deutsche ohne bisherige Chancen auf Bildung: Integration geht nur mit Arbeit in den Betrieben, und das gilt für alle! Und deshalb brauchen wir keine Aufweichung des Mindestlohns, wir brauchen keine tariflichen Sonderräume und Lohnkonkurrenz, wir brauchen keine weitere Spaltung des Arbeitsmarkts. Wir brauchen reale Chancen, Qualifizierung und gute Arbeit für alle!

Lasst mich in diesem Zusammenhang ein Wort über diejenigen verlieren, die heute nicht da sind. Wir stehen an diesem 1. Mai für die Beschäftigten des Landes auf der Straße. Die AfD aber sitzt an diesem 1. Mai in einer dunklen Messehalle.

Dort in Stuttgart beschließt die AfD gerade ihr Grundsatzprogramm.

Ein Programm, das sich mit unseren Zielen von Solidarität und Gerechtigkeit und den Interessen der Beschäftigten nicht vereinen lässt. Denn hinter der Maske der

besorgten Bürger stecken nicht nur Schießbefehl, Hartherzigkeit und Ausländerhetze. Hinter dieser Maske steckt auch sozialer Kahlschlag. Die AfD ist die Partei der Eiseskälte.

Dass Frauen gleichberechtigt arbeiten dürfen und die gleichen Chancen wie Männer bekommen: Das haben wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter durchgesetzt. Wir haben dafür gekämpft, dass endlich ein Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen auf dem Weg ist.

Die Alternative der AfD dazu geht so: Abtreibungen verbieten, Quoten für Benachteiligte Geschlechter abschaffen und Frauen zu drei Kindern zwingen. AfD heißt also auch: die Alternative für Diskriminierung! Dass Reiche mehr abgeben und Ärmere weniger. Dafür kämpfen wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter seit jeher. Die Alternative der AfD geht so:

Die AfD will die Steuern für Reiche auf dem jetzigen niedrigen Stand festschreiben. Die AfD will die Erbschaftssteuer abschaffen und so dafür sorgen, dass Reiche noch mehr Vermögen anhäufen. Die AfD will mehr Datenschutz für Steuerflüchtlinge und Deutschland zu Panama machen. Wem nutzt also die AfD?

Die AfD nutzt nur den Rechten und den Reichen – und keinem anderen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir sind die Kraft, die wahren Fortschritt schafft – wir dürfen das Feld nicht den Gewerkschafts- und Menschenfeinden überlassen!

Zum handlungsfähigen Staat und ordentlicher Infrastruktur gehört aber auch eines: der öffentliche Dienst und seine Beschäftigten. Wir brauchen auch hier mehr Personal, mehr Weiterbildung und mehr gute Arbeit – und damit brauchen die Beschäftigten dort auch deutlich mehr als die angebotenen drei Prozent für zwei Jahre! Deshalb rufen wir hier und heute insbesondere auch den Kolleginnen und Kollegen von ver.di zu: Bleibt standhaft, ihr seid nicht das Sparschwein der Nation!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor zehn Jahren hat die Arbeitgeberlobby die Abkehr von der paritätischen Krankenversicherung durchgesetzt. Anfang dieses Jahres sind die Beiträge gestiegen. Wer bezahlt das? Allein die Beschäftigten, die Arbeitgeber sind fein raus. Bis zu 47 Euro – Monat für Monat – müssen die Beschäftigten alleine berappen.

Und 2017 sollen die Beiträge nochmal um 0,4 Punkte steigen.

Wieder nur für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch die Arbeitgeber profitieren vom medizinischen Fortschritt, deshalb müssen sie auch denselben Anteil an den steigenden Kosten tragen!

Dieses Beitragssystem bedroht zudem die Krankenkassen: Alte und Kranke bleiben auf der Strecke, denn sie müssen ja um junge, gesunde und zahlungskräftige Versicherte buhlen. Das ist kein Gesundheitssystem mehr, das ist nur noch krank. Darum freue ich mich über die Unterschriften-Initiative der IG Metall Hagen für eine paritätische Krankenversicherung.

Geht hin an den Stand der IG Metall, unterschreibt unseren Appell an den Bundestag. Für Eure Unterschriften sind bestimmt noch ein paar Zeilen frei.

Lasst uns gemeinsam Druck machen. Denn wir sind die Kraft, die wahren Fortschritt schafft! Ohne Solidarität keine Gerechtigkeit. Und ohne Gerechtigkeit kein Sozialstaat!

Dieses Jahr haben wir in der Rentenpolitik drei Jubiläen, die wütend machen: 15 Jahre Rente mit 67. 15 Jahre Riester-Rente. Das sollte die Abkehr von der solidarischen und sicher finanzierten Altersversorgung in Deutschland einläuten. Und 15 Jahre Absenkung des Rentenniveaus sind 15 Jahre Geschenke an die Arbeitgeber.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist eine lange Zeit.

Zu lange! 15 Jahre waren wir Versuchskaninchen und Futter für die Versicherungswirtschaft. Schluss damit, wir brauchen endlich wieder eine Rentenpolitik mit Niveau! Denn was wir seit 15 Jahren erleben, das ist im wahrsten Sinne niveaulos. Das Rentenniveau ist von 53 auf heute 47 Prozent gesunken. In anderen Zahlen: Nur 975 Euro landen derzeit auf dem Konto eines Durchschnittsrentners. Bei Rentnerinnen gar nur 605 Euro.

Glaubt man aber der Politik und ihren Musterrechnungen, sollten es 1.315 Euro Rente sein. Woher kommt aber der Unterschied? Weil kaum jemand 45 Jahre Maloche durchhält! Weil keiner 45 Jahre genau durchschnittlich verdient.

Die reale Rente ist niedriger, weil zur Realität heute auch Arbeitslosigkeit und prekäre Jobs gehören. Bereits jeder zweite junge Beschäftigte unter 35 Jahren beklagt heute Einschnitte und Brüche in seinem Erwerbsleben.

Mit dieser Rentenpolitik versündigt sich die Politik an den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern von heute und morgen. Sie versündigt sich an der jungen Generation. Spätestens die Finanzkrise und die Niedrigzinsphase jetzt zeigen: Private Rentenversicherungen sind gescheitert.

Selbst wer sich dieses Extra leisten kann – die Gutverdiener – sind die Gelackmeierten. Das Pferd der Privatversicherungen ist totgeritten, nein: viel mehr war das von Anfang an eine Eselei! Wir sagen: Wer 40 oder 50 Jahre lang hart gearbeitet hat, darf nicht auf Sozialhilfeniveau abstürzen.

Wer jahrzehntelang gearbeitet hat, muss sich auch als Rentner ein gutes Leben führen können – und darf nicht zum Sammeln von Flaschenpfand verurteilt sein! Nächstes Jahr sind Bundestagswahlen.

Lasst uns hier den Reset-Knopf bei der Rentenversicherung drücken.

Wir brauchen ein System mit Verlass. Und das ist möglich, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir brauchen eine stabile Finanzierung, indem wirklich alle Erwerbstätigen in die Rentenkasse einzahlen. Wir brauchen flexible Altersübergänge, damit die Beschäftigten sich nicht auf der Bahre aus dem Betrieb tragen lassen müssen.

Und wir brauchen endlich wieder ein Rentenniveau, das seinen Namen verdient!

Wir haben die Rente nach 45 Versicherungsjahren durchgesetzt.

Wir haben erste Verbesserungen bei den Erwerbsminderungsrenten durchgesetzt.

Wir werden auch die Parteien insgesamt bei der Rente wieder auf den rechten Weg bringen. Denn wir sind die Kraft, die wahren Fortschritt schafft!

Jetzt bekommen wir ja seit Jahren immer wieder den gleichen Satz eingehämmert:

„Das können wir uns nicht leisten.“ Wer ist aber „wir“?

Das „wir“ ist richtig, wenn es um jeden siebten Bürger geht.

Denn so viele Menschen müssen in diesem reichen Land in Armut leben.

Das „wir“ ist auch richtig, wenn wir die Mehrheit der Menschen nehmen.

Jeder Dritte hat überhaupt keine Rücklagen oder ist gar verschuldet.

Die obersten zehn Prozent der Bevölkerung besitzen über 60 Prozent des Vermögens. Die Hälfte der Haushalte besitzt dagegen gerade einmal 2,5 Prozent des gesamten Netto-Vermögens.

In Deutschland ist der Reichtum noch einmal ungerechter verteilt als im europäischen Durchschnitt. Das behaupten im Übrigen keine Kommunisten, sondern die Banker der Deutschen Bundesbank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Geld gibt es genug in diesem Land. Das Problem ist nur: Erben und heiraten lohnt sich mehr als arbeiten. Wir sagen aber: Reichtum ist kein Verdienst! Reichtum gehört nicht vererbt, Reichtum gehört verteilt!

Und Reichtum gehört wie normaler Lohn ordentlich versteuert: Nur mit den hinterzogenen Steuern hierzulande könnten 80 Prozent aller Gesundheitsausgaben bezahlt werden. Ich meine: Wer sein Vermögen in Panama verschleiert, wer als Apple oder Amazon hierzulande trotz Riesen-Umsatz kaum Steuern zahlt, wer sein Geld in der Schweiz versteckt – das sind die wahren Asozialen in diesem Land! Nicht die Ärmsten bedrohen unseren Sozialstaat.

Es sind die Reichsten, die unseren Sozialstaat bedrohen!

Was mussten wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter kämpfen, dass endlich auch in Deutschland der gesetzliche Mindestlohn eingeführt wird!

Was wurden uns für Untergangsszenarien wegen 8,50 Euro entgegen geschmettert! Und wie ist die Bilanz ein Jahr danach? Vier Millionen arbeitenden Menschen geht es heute zwar noch nicht gut, aber besser. Vier Millionen haben vom Mindestlohn profitiert: vor allem Frauen, Minijobber und Beschäftigten in nicht tarifgebundenen Firmen. Also, es geht doch! Auch das zeigt wieder: Wir sind die Kraft, die wahren Fortschritt schafft!

Und darum lassen wir nicht locker und nehmen unsere Verantwortung ernst:

- für eine gute Arbeit der Zukunft,
- für eine Arbeit, die nicht krank macht,
- für Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen,
- für mehr Mitbestimmung!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es hilft aber nicht, dauernd nach der Politik zu rufen. Gute Renten etwa gibt es nur mit guten Löhnen. Gute Löhne gibt es nur mit guten Jobs. Und gute Jobs gibt es nur mit guten Tarifverträgen! Wir erleben jedoch eine Tariffucht der Arbeitgeber.

40 Prozent der Beschäftigten im Westen und 54 Prozent im Osten arbeiten heute ohne Tarifvertrag. Jeder sechste Beschäftigte hat in den vergangenen 20 Jahren die Tarifbindung verloren. Was heißt das für Menschen, die die gleiche Arbeit erledigen? Wenn 100 Euro derjenige mit Tariflohn verdient, erhält der ohne Tarifvertrag im Durchschnitt nur noch 75 Euro.

Richtig betrügen Arbeitgeber ohne Tarifvertrag die Frauen. Sie erhalten noch einmal 14 Prozent weniger. Das heißt: 64 Euro statt 100 Euro – für die gleiche Arbeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen – und vor allem: liebe Arbeitgeber, Tarifverträge sind kein „Nice to have“. Sondern Tarifflicht ist Betrug an den Beschäftigten! Das Recht auf Tarifverträge steht nicht im Grundgesetz, weil den Müttern und Vätern unserer Verfassung sonst nichts mehr eingefallen ist. Tarifverträge sind ein zentraler Bestandteil unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Tarifverträge sind der Gradmesser für den Wert der Arbeit. Sie haben eine Ordnungsfunktion, die Branchen vor einem ruinösen Unterbietungswettbewerb schützt. Anders ausgedrückt: Wer sich Tarifverträgen entzieht, wer Betriebsräten spezielle Kündigungsanwälte und Privatdetektive auf den Hals hetzt, wer sogenannte Union Buster beauftragt – diese Firmen entziehen sich dem demokratischen Grundsatz unserer Verfassung! Mitbestimmte Unternehmen wirtschaften nachweislich besser. Firmen mit Tarifvertrag haben eine bessere Planungssicherheit. Beschäftigte mit Tarifvertrag können sicher gehen: Bei ihnen zählt auf dem Gehaltszettel die geleistete Arbeit – und nicht, ob dem Chef die Nase gefällt oder nicht. Tarifverträge sind der Garant für Gerechtigkeit: angefangen beim Stundenlohn bis hin zur gleichen Bezahlung der Geschlechter.

Vor wenigen Wochen meinte die Geschäftsführung der Jörg Vogelsang GmbH, die Tarifbindung aufkündigen zu müssen. 160 Beschäftigte sollen nun abhängt werden. Und ich freue mich, dass die Beschäftigten so mit sich nicht umspringen lassen. Wer keinen Tarifvertrag will, will sich auch nicht vertragen.

Darum freue ich mich, dass die Kolleginnen und Kollegen jetzt vereinbart haben: Wir holen uns unseren Tarifvertrag zurück und stellen damit den Betriebsfrieden wieder her. Von dieser Stelle an Euch: Viel Kraft, haltet durch, wir stehen an Eurer Seite! Für alle Betriebe und Branchen gilt aber eines: Tarifverträge fallen nicht vom Himmel. Wir müssen sie durchsetzen und verteidigen.

Und das geht nur mit vielen Kolleginnen und Kollegen in der Gewerkschaft.

Also: Ob Weißhemd oder Blaukittel, ob Shirt oder Schlips – werbt gleich morgen neue Mitglieder für unsere Sache.

Denn auch sie sollen ruhig wissen: Wir sind die Kraft, die wahren Fortschritt schafft. Darum rufen die Metallerinnen und Metaller in der aktuellen Tarifrunde auch „Wir für mehr“. Die Erträge in der Metall- und Elektroindustrie sind gut. An ihre Aktionäre schütteten die Firmen 2015 über 17 Prozent höhere Dividenden aus. Dieses Plus war damit doppelt so hoch wie das Plus von 2014.

Wer schafft diese Werte denn? Das sind die Beschäftigten in den Büros und Werkshallen.

Gleichzeitig haben aber die Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen nicht nur ein historisch niedriges Angebot vorgelegt: 0,9 Prozent, die sich auch am vergangenen Donnerstag kaum verbessert haben. Das ist kein Angebot, das ist eine Frechheit! Wer Streit will, kann Streit haben! Die Arbeitgeber schlagen sich den Bauch voll. Gleichzeitig legen sie uns aber Angebote vor, die wie Brechmittel wirken. Das ist unappetitlich und unanständig! Liebe Metallerinnen und Metaller, wenn die Arbeitgeber Warnstreiks wollen, können sie diese gerne Warnstreiks haben!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in dieser Tarifrunde geht es uns aber auch um mehr. „Wir für mehr“ bedeutet für uns auch „Wir für mehr Tarifbindung“. Denn es liegt auch an uns. Wir müssen die Unternehmen wieder zur Vernunft bringen. Das geht nur mit einer starken Gewerkschaft im Betrieb. Und das geht nur mit entschlossenen Mitgliedern. Es gilt in der gesamten Gesellschaft wie im einzelnen Betrieb: Gegen Spaltung hilft nur Solidarität. Wir lassen uns nicht spalten!

In diesem Zusammenhang ist es beschämend, was diese Bundesregierung für ein Schauspiel veranstaltet. Vor zweieinhalb Jahren haben Union und SPD ihren Koalitionsvertrag unterschrieben. Darin steht: „Den Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit werden wir verhindern.“ Das Versprechen lautet: Sie wollen nicht verhindern, sondern sie werden ihn verhindern. Seit 20.806 Stunden aber warten die Beschäftigten. Denn das entsprechende Gesetz ist zum Spielball der großkoalitionären Wetterlage verkommen. Erst wird die zuständige Ministerin

aufgefordert, ihren Entwurf aufzuweichen. Dann gibt es einen Minimalkompromiss mit den Sozialpartnern.

Und dann kommt CSU-Chef Horst Seehofer, sagt „Nein“ und verschleppt das Gesetz erneut wochenlang. Und kaum einigen sich die Koalitionsspitzen auf das Gesetz, kommt dieser Mann nur Stunden danach wieder um die Ecke.

Jetzt sagte Seehofer wieder, es seien „noch einige Punkte diskussionswürdig“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wer dieses Gesetz verhindert, leistet Lohn- und Rechedumping weiter Vorschub. Hunderttausende Beschäftigte in Leiharbeit und Werkvertrags-Unternehmen warten nur darauf, dass die Politik die ungerechten Winkelzüge der Wirtschaft endlich abstellt. Dieses Verhalten aber ist keine seriöse Politik. Das ist eine Geiselnahme! Darum kommt an den IG Metall-Stand und macht mit bei unserer Alarm-Aktion. Wir erinnern die Regierung daran, was sie uns versprochen hat. Gleiche Arbeit muss gleiches Geld für die Beschäftigten und gleiche Rechte für die Betriebsräte bedeuten. Nicht mehr und nicht weniger!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor 130 Jahren begründete die Arbeiterbewegung den 1. Mai.

Vor 125 Jahren schlug die Geburtsstunde der IG Metall.

Nicht nur am 1. Mai kämpfen wir, sondern tagtäglich in den Betrieben.

Wir kämpfen für ein besseres Leben. Nicht für einige wenige Reiche, sondern für alle, für die 99 Prozent. Nicht nur in Deutschland, sondern international.

Wir können rückblickend stolz sein auf das, was wir erreicht haben: Bessere Bildung, Arbeitnehmergeetze, Umverteilung und das, was unsere Gesellschaft wirklich zusammenhält – Solidarität zwischen den Menschen. Lasst uns all das verteidigen und noch weiter ausbauen! Es gibt noch viel zu tun – und ohne uns bewegt sich nichts nach vorne! Wir sind die Kraft, die wahren Fortschritt schafft!

Und deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen: Heute ist unser Tag!

Lasst uns jetzt gemeinsam feiern.

Euch und Euren Familien Glück, Gesundheit und alles Gute!

Vielen Dank.